

DIE WELT

EU-Kommissarin will Onlinehandel ohne Grenzen

Auf einer Kartellkonferenz forderten Experten neue Wettbewerbsregeln und kritisierten die Dominanz von Internetriesen wie Facebook. Google hält das geltende Recht dagegen für ausreichend.

Von Thomas Heuzeroth , Christian Meier



Foto: picture alliance / dpa EU-Kommissarin Margrethe Vestager kann viele dänische Inhalte im Netz nicht abrufen, wenn sie in Belgien ist. Das soll anders werden

Die EU-Kommission nimmt sich den grenzüberschreitenden Onlinehandel vor. "Es ist höchste Zeit, die verbleibenden Hindernisse für den elektronischen Handel aus dem Weg zu räumen, denn dieser ist ein wichtiger Teil des digitalen Binnenmarktes", sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin, Margrethe Vestager, am Donnerstag am Rande der Internationalen Kartellkonferenz in Berlin.

Die Kommissarin kündigte dafür eine wettbewerbsrechtliche Untersuchung an. Ziel sei es, Hürden zu erkennen und zu beseitigen.

Im vergangenen Jahr habe jeder zweite Europäer über das Internet eingekauft, aber nur jeder siebte in einem anderen EU-Land. Das weise darauf hin, dass es in der EU "erhebliche Hindernisse" für den grenzüberschreitenden elektronischen Handel gebe.

Immer wieder wird Verbrauchern aufgrund des Wohnsitzes oder von Kreditkartendaten der Zugang zu bestimmten Websites verwehrt. Oft wird dafür das Geoblocking angewandt, bei dem technisch festgestellt werden kann, aus welchem Land der Nutzer auf ein Angebot zugreift.

"Warum kann ich keine dänischen Inhalte abrufen, wenn ich in Belgien bin", fragte Vestager. Schließlich habe sie dafür bezahlt.

Beim Film-Streaming ist an der Grenze Schluss

Ein solches Vorgehen begrenze die Auswahl und wirke sich auf die Preise aus. Auch Film-Streamingdienste lassen sich in vielen Fällen nicht im Ausland abrufen. Nicht zuletzt bestehen die Rechteinhaber von Film- und Musikproduktionen bei den Verhandlungen mit den Plattformen auf eine Sperrung beim Zugriff aus dem Ausland.

Die Wettbewerbskommissarin will ihren Vorschlag in den kommenden Wochen der Kommission vorlegen. Sie kann solche Untersuchungen durchführen, wenn ihr Hinweise vorliegen, dass der Wettbewerb in einer Branche nicht reibungslos funktioniert.

Schon bald sollen Marktteilnehmer wie Onlinehändler, digitale Rechteinhaber, Rundfunkanstalten und Onlinepreisvergleichsportale einen Fragebogen erhalten, der zurzeit erstellt werde. Laufe alles reibungslos, könnten erste Ergebnisse der Prüfung Mitte 2016 vorliegen.

Telekom-Chef moniert mangelnde Fairness

Auch Timotheus Höttges, Chef der Deutschen Telekom, nutzte die Kartellkonferenz, um über den nach seinen Worten nicht funktionierenden Wettbewerb in einer digitalen Welt zu sprechen. "Wir müssen neue Regeln finden, die in die neue Welt passen", sagte Höttges.

Verbraucher würden in Ökosystemen eingesperrt und hätten kaum Möglichkeiten, zu einem Konkurrenten zu wechseln. So seien Musikstücke in einer iTunes-Bibliothek von Apple auch nur dort abspielbar. Gleiches gelte für elektronische Bücher von Amazon, die sich nur auf einem Kindle darstellen ließen.

Der Telekom-Chef kritisiert vor allem die "ungleichen Wettbewerbsbedingungen". Während Telekom-Konzerne reguliert würden, könnten Unternehmen wie Facebook mit ihren Kommunikationsdiensten wie WhatsApp ohne solche Einschränkungen wirtschaften. "Damit ist der Wettbewerb insgesamt nicht mehr fair", sagte Höttges.

Döpfner fordert modernisiertes Wettbewerbsrecht

Diese Einschätzung teilte Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE ("Welt", "Bild"). Das Wettbewerbsrecht müsse dringend modernisiert werden.

So sei das bestehende Kartellrecht nicht mehr ausreichend, um die Bildung von Monopolen auf den digitalen Märkten zu verhindern. Es könne Monopole sogar begünstigen, so der Chef des Medienkonzerns. Technologieunternehmen wie Google und Facebook, die in großem Stil Daten sammeln und auswerten, bauten ihre Dominanz auf den jeweiligen Märkten sogar aus.



Mathias Döpfner
"Daten sind das neue Öl"

Die Digitalisierung sorgt auf vielen unterschiedlichen Märkten für einen Umbruch. Die Erhebung, Kombination und Auswertung großer Datenmengen führt nach Ansicht von Experten zu einer neuen industriellen Revolution.

In Europa gibt es bisher aber noch vergleichsweise wenig erfolgreiche Unternehmen, die "Big Data" für ihre Zwecke nutzen. Zudem gibt es in Europa deutlich schärfere Datenschutzregelungen als in den USA.

Wettbewerbshüter wollen mit bestehenden Regeln arbeiten

Zwar bietet die Digitalisierung mehr Chancen als Risiken, sagte Döpfner. Dennoch dürften für europäische Unternehmen, die mit US-Unternehmen konkurrieren, nicht andere Wettbewerbsregeln gelten, was etwa die Übernahme von Unternehmen angeht.

Mit der Übernahme von WhatsApp baute Facebook beispielsweise ein Social-Media-Monopol auf. Die US-Wettbewerbsbehörde FTC hatte den Kauf im vergangenen Jahr ohne Auflagen genehmigt.

Googles Rechtsexperte Kent Walker sagte anschließend, das bestehende Wettbewerbsrecht funktioniere nach seiner Auffassung gut. Entscheidend sei nicht eine Angleichung der Regeln, sondern die Frage, ob es zu Marktversagen komme. Doch das Internet begünstige Innovationen und damit den Wettbewerb, so der Google-Manager.

Das bestehende Wettbewerbsrecht nutzen und gegebenenfalls anpassen – oder neue Regeln für eine neue Wirtschaft aufstellen? Während die Wettbewerbshüter auf der Berliner Kartellkonferenz, darunter auch die FTC-Vorsitzende Edith Ramirez, zu der ersten Variante tendierten, sprachen sich Unternehmer wie Döpfner und Höttinger deutlich für die zweite Alternative aus.

Kommentare

downforze

Mit den Zauberworten Proxy und DNS kann man jeden Film abrufen.

rena

Online Handel ohne Grenzen kommen aus Traumen, wie sie wohl der Pilot der Germanwings auch hatte: reine Utopie, die in der Wirklichkeit nur zerstörerisch sein kann. Derr Mann hatte den Crash mit der Lebenswirklichkeit, deren Details wir nur erahnen können, meistens ist es eine missglückte Beziehung....das passiert häufig in so jungen Jahren.

Frau Vestager hat auch Illusionen, die jedoch eine Langzeit Brisanz haben. Doch wer soll sie bremsen? Etwa ein Schulz, ein entsorgter SPD Politiker?

Die Folgen von grenzenlosem Onlinehandel wird die Verwaisung der Städte sein und eine Lawine der Arbeitslosigkeit. Das ficht aber die EU Beamten mit ihren luxuriösen Gehältern nicht an, ja sie merken nicht einmal die Probleme draussen in der Wirklichkeit.

Kein Handlungsbedarf

Bei allem Mitleid mit Frau Vestager, viele Inhalte o. streams bleiben nur deshalb bezahlbar o. umsonst, weil sie eben nur in einem Land abrufbar bleiben. Ich bestelle viel im Internet. Wenn aber bei einer Bestellung in Spanien, Österreich, Rumänien usw. was schief geht, bleibe ich auf allen Kosten sitzen. Deshalb vermeidet der

schlaue Kunde diese Auslandsbestellungen. Und wer Kaffee o. Rauchwaren bestellt, hat sofort Zoll u. Steuerfahndung an den Hacken. Tolles Europa.